

07.10.2008

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 2714  
des Abgeordneten Rüdiger Sagel fraktionslos  
Drucksache 14/7372

### Rekrutierung der Bundeswehr an Schulen

Wortlaut der Kleinen Anfrage 2714 vom 20. August 2008:

Ein aus Erfahrung der Bundeswehr entscheidender Schritt zur Rekrutierung von Jugendlichen ist die Vermittlung eines positiven Bildes des Soldatenberufs sowie die persönliche Kontaktaufnahme mit Schülerinnen und Schülern durch Vertreter der Streitkräfte. Jugendoffiziere sollen nach Planung der Bundeswehr im Jahr 2008 deutschlandweit über 2.000 Schulen besuchen und dort die neuen Aufgaben der Bundeswehr, wie sie im Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr 2006 umrissen werden, darstellen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. In wie vielen Fällen wurden bei Veranstaltungen an Schulen andere außerschulische Einzelpersonen oder Organisationen hinzugezogen, um eine ausgeglichene Darstellung des Soldatenberufs und des Auftrags der Bundeswehr sicherzustellen?
2. An wie vielen nordrhein-westfälischen Schulen wurden in den Jahren 2007 und 2008 Veranstaltungen im Rahmen der "personalwerblichen Kommunikation" der Bundeswehr, also Wehrdienstberatungen, durchgeführt (ggf. aufgeschlüsselt nach Schulform)?
3. Wie viele Schülerinnen und Schüler wurden durch diese Veranstaltungen erreicht?
4. Welche Position vertritt die Landesregierung bezüglich des Einsatzes von Jugendoffizieren an Schulen?

Datum des Originals: 01.10.2008/Ausgegeben: 09.10.2008

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

5. Welche inhaltlichen Einflussmöglichkeiten ergeben sich für die Landesregierung auf die Informationspolitik der Bundeswehr an Schulen?

**Antwort der Ministerin für Schule und Weiterbildung** vom 1. Oktober 2008 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration:

### **Vorbemerkung**

Eine lebendige Gesellschaft ist auf die Fähigkeit und Bereitschaft ihrer Mitglieder angewiesen, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen, den politischen Prozess zu verfolgen, sich an ihm zu beteiligen und Mitverantwortung zu übernehmen.

Politische Bildung in der Schule zielt auf eine derartige Mündigkeit in der demokratischen Gesellschaft. In einer durch wachsende internationale Verflechtungen gekennzeichneten Welt bedarf es dabei in zunehmendem Maße einer Auseinandersetzung mit Fragen internationaler Politik, auch der Sicherheitspolitik.

Die Jugendoffiziere der Bundeswehr können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

### **Zur Frage 1**

Daten zur Einbeziehung außerschulischer Einzelpersonen oder Organisationen vor Ort in den Schulen werden nicht erhoben.

Der Einsatz der Jugendoffiziere in den Schulen erfolgt auf Basis der Richtlinien und Lehrplänen sowie der Rahmenvorgabe „Politische Bildung“.

Das Ministerium geht davon aus, dass die Lehrkräfte entsprechend ihrem Auftrag und wie in anderen Bereichen auch eine ausgewogene Darstellung sicherstellen.

### **Zu den Fragen 2 und 3**

Daten werden vom Ministerium nicht erhoben.

### **Zu den Fragen 4 und 5**

Wie in der Vormerkung dargestellt, können Jugendoffiziere einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung der Schülerinnen und Schülern leisten. Die Landesregierung begrüßt deshalb die Möglichkeit des Einsatzes der Jugendoffiziere im Unterricht.

Der Einsatz der Jugendoffiziere erfolgt stets im Rahmen des Unterrichtskonzepts der anfragenden Lehrkraft, die den Jugendoffizier auch im Unterricht begleitet (siehe im Übrigen auch Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Informationsarbeit der Bundeswehr an den Schulen“, BT-Drs. 16/8852 vom 21.04.2008).